

gleichsam erhöhter Tribüne in die Arena des um seine Gestalt ringenden Europas“. Die Kirche müsse selbst das Wort Gottes tiefer verstehen und „in redlicher Weg- und Zeitgenossenschaft mit den Menschen teilen“. Auch die Kirche müsse bisweilen „zur Umkehr bereit sein“. (Die ausführliche Berichterstattung über die gesamte Bischofsynode kann wegen des früheren Redaktionsschlusses für dieses Heft erst in der Februarnummer erfolgen.)

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken äußerte sich zu den vorliegenden Gesetzentwürfen zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Bei seiner Herbstvollversammlung am 22./23. November 1991 verabschiedete das Zentralkomitee der deutschen Katholiken nach intensiver und zum Teil auch kontroverser Diskussion eine Stellungnahme zu den im Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfen zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs (zu den Entwürfen vgl. HK, November 1991, 502 f.). Das ZdK lehnt darin die Gesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen und PDS/Linke Liste als verfassungswidrig, frauenfeindlich und menschenverachtend ab. Abgelehnt wird in der Stellungnahme auch die in den Entwürfen von SPD und FDP vorgesehene *Fristenregelung*; sie würde die rechtlichen Grundlagen für den Lebensschutz der ungeborenen Kinder in den alten Bundesländern verschlechtern und in den neuen Ländern nicht wirklich verbessern. Den beiden *Entwürfen aus der CDU/CSU-Fraktion* wird vom ZdK attestiert, sie brächten die Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs in der Rechtsordnung deutlich zum Ausdruck und enthielten darüber hinaus eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht. Ziel, Inhalt und Aufgabe der Schwangerenberatung würden in den CDU/CSU-Entwürfen so definiert, „wie dies das Bundesverfassungsgericht zum Schutz des ungeborenen Kindes fordert“. Kritisiert wird vom ZdK die Umschreibung der *psycho-sozialen Notlagenindikation* im CDU/CSU-Mehrheitsentwurf. Er sei kaum geeignet, den Mißbrauch der bisherigen Notlagenindikation wesentlich zu beschränken. Der Entwurf trage auch nicht zur erforderlichen Klärung bei, „ob die Indikation ein Rechtfertigungsgrund oder ein persönlicher Strafausschließungsgrund ist“. Das Zentralkomitee appelliert in seiner Stellungnahme an die Bundestagsabgeordneten, „für gesetzliche Regelungen einzutreten, die, dem Auftrag des Einigungsvertrages entsprechend, dem Anspruch der Verfassung gerecht werden und dem Schutz des ungeborenen Kindes dienen“. Das ZdK, so heißt es weiter, verkenne nicht die *schwere Spannung* zwischen dem Eintreten für die unveräußerlichen Rechte des ungeborenen Kindes und der Suche nach einem mehrheitsfähigen Vorschlag. „Hier sind Abwägungen gefordert, die schwerwiegend sind.“ Kompromisse seien nur innerhalb des gesetzgeberischen Gestaltungsraums zulässig, den die Verfassung mit der Festschreibung des Lebensrechts und der Menschenwürde dem Parlament eingeräumt habe.

Das Bemühen um ein „geschwisterliches Miteinander“ in der Kirche war das zentrale Thema der ersten Session des Münchener Pastoralforums

Vom 20. bis 23. November fand in Freising die erste Session des von Kardinal *Friedrich Wetter* einberufenen „Pastoralen Forums“ der Erzdiözese München-Freising statt. Das Thema des Forums lautet: „Gemeinsam auf dem Weg des Glaubens“. Von den insgesamt 126 Forumsgliedern sind 47 Frauen. Im Forum vertreten sind u. a. zwölf Mitglieder der Diözesanleitung, alle 25 Mitglieder des Priesterrates und die 17 Mitglieder des Vorstandes des Diözesanrates der Katholiken. Hinzukommen zahlreiche Vertreter bestimmter Berufsgruppen und Arbeitsbereiche. In einem Bischofswort zur Einberufung des Forums wies Kardinal Wetter ausdrücklich auf den *experimentellen Charakter des Forums* hin und umriß die Aufgabe des Forums als den Versuch, „miteinander Wege zu suchen, den Glauben im ganzen Bistum zu stärken und zu einem geschwisterlichen Miteinander zu finden“. Dabei gehe es nicht – so Kardinal Wetter – in erster Linie darum, *umfangreiche Papiere* zu verfassen, sondern einen *Prozeß in Gang zu setzen*. Auf Grund von Themenvorschlägen der Forumsglieder ergaben sich für die erste Sitzungsperiode fünf thematische Schwerpunkte: Familie, Pfarrgemeinde (Gottesdienst, Sakramente und Sakramentenvorbereitung, Diakonie), Schule/Jugend, Arbeitswelt/Freizeit, Gruppen und Verbände. In insgesamt zwölf Arbeitsgruppen ermittelte das Forum drei Themen, die Gegenstand der weiteren Beratungen sein sollen: Am meisten Stimmen erhielt das Thema „geschwisterliche Kirche“ gefolgt von „Kirche in Welt und Gesellschaft“ sowie „Glauben erfahren und leben“. In einer einleitenden Skizzierung der pastoralen Situation charakterisierte Generalvikar *Robert Simon* diese als „Pastoral im Übergang“. Die Volkskirche in dem Sinne, daß nur Außenseiter ihr nicht angehörten, gebe es zwar nicht mehr. Es gebe aber nach wie vor eine Kirche, der eine „große Mehrheit des Volkes“ angehört. Simon wandte sich gegen ein fortgesetztes „Höherschrauben“ der Anforderungen an die Kirchenmitglieder zur Überwindung volkscirchlicher „Halbheiten“. Die Pastoral müsse die „gewiß ungemütliche Situation des Übergangs ertragen“. Vom 18. bis 21. November 1992 wird das Forum zu seiner zweiten Sitzungsperiode zusammentreten.

US-Bischöfe verabschiedeten Dokument zur Umweltethik

Auf der vom 11. bis 14. November 1991 in Washington abgehaltenen Vollversammlung der US-amerikanischen Bischofskonferenz gab es diesmal zwar eine volle Tagesordnung, aber kein Thema, das über eine begrenzte kirchliche Öffentlichkeit hinaus die Gemüter erregt hätte. Die größte Aufmerksamkeit galt inneramerikanisch dem Tagesordnungspunkt „Feiertage“. Vorschläge, für vier kirchliche Feiertage die kirchenrechtliche Verpflichtung zur Teilnahme an Gottesdiensten zu streichen bzw. die

entsprechenden Feiertage auf die darauf folgenden Sonntage zu verlegen, erhielten allesamt nicht die erforderliche Mehrheit und gelten damit als abgelehnt. In einer bei der Vollversammlung verabschiedeten Erklärung zu Fragen der *Umweltethik* sprachen sich die US-Bischöfe gegen ein ungehemmtes Wirtschaftswachstum zu Lasten der Natur aus. Unter dem Titel „Das Angesicht der Erde erneuern“ weist die Erklärung darauf hin, daß es für eine katholische Auffassung von Umweltschutz keine Alternative zwischen dem Menschen einerseits und dem Planeten andererseits gebe. Die katholische Soziallehre verfüge nicht über eine vollständige Umweltethik, jedoch über „Unterscheidungen ermöglichende Perspektiven in Bezug auf Umweltthemen“. Ein Schwerpunkt des Dokumentes liegt auf den Fragen im Zusammenhang von *Ökologie und Armut* bzw. *Ökologie und Entwicklung*. Die Güter der Welt – so die Bischöfe – seien für alle bestimmt. Eine globale Umweltpolitik erfordere in einer zusammenwachsenden Welt das Zurückstellen von Eigeninteressen zugunsten des *Gemeinwohls* und der Erhaltung der Schöpfung. Keine Zustimmung fand auf der Vollversammlung der Entwurf von Normen zur Frage der *Laienpredigt*. Der Entwurf, der u. a. unter bestimmten begrenzten Bedingungen auch die Möglichkeit von Laienpredigten in Eucharistiefiern vorsah, geriet zwischen die Räder, weil er den einen nicht weitgehend genug, anderen bereits als zu weitgehend erschien. Verabschiedet wurde auch ein Dokument – „pastorale Reflexionen“ heißt es im Untertitel – zum Lehramt des Bischofs sowie Dokumente zur Situation von *Kindern* und Familien (Wortlaut: *Origins*, 28. 11. 91, 393–404) und zur Lage der *indianischen Bevölkerung* Amerikas aus Anlaß der 500-Jahrfeier der Entdeckung Amerikas im Jahre 1492.

Ökumenische Konferenz über die kirchlichen Beziehungen zwischen China und Europa

Der deutsche Ökumenische China-Arbeitskreis – bestehend aus Vertretern des Evangelischen Missionswerks und des Deutschen Katholischen Missionsrates – veranstaltete eine Konsultation auf europäischer Ebene vom 8. bis 10. November 1991 in Bad Saarow. Gekommen waren Vertreter verschiedener kirchlicher Chinaaktivitäten aus 15 europäischen Ländern und eine kleine Delegation von

chinesischen Christen, angeführt vom katholischen Bischof von Peking, *Michael Fu Tieshan* und dem protestantischen Bischof *Shen Yifan* von Shanghai. Den ersten Teil der Konferenz nahm ein Rückblick und eine Bestandsaufnahme der verschiedenen kirchlichen Aktivitäten zwischen Europa und China ein. *Edmond Tang*, der China-Sekretär des britischen und irischen Kirchenrats, beschrieb die Entwicklung der letzten zehn Jahre. Auf der einen Seite wurde seitens der chinesischen Regierung und der kommunistischen Partei die seit 1979 begonnene Linie der Religionspolitik – relative Religionsfreiheit bei starker staatlicher Kontrolle – mit einigen Einschränkungen und Änderungen fortgeführt. Zugleich ist die Zahl der Christen stark gewachsen, wurden kirchliche Strukturen neu aufgebaut, Kirchengebäude renoviert oder neu gebaut und große Fortschritte in der theologischen Ausbildung gemacht. Auch die Tradition kirchlicher Erziehungs- und Sozialarbeit wurde wieder aufgenommen. Durch gegenseitige Besuche, den Austausch von Delegationen und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zwischenkirchlichen Hilfe sind viele internationale Verbindungen von den chinesischen Christen wieder aufgenommen bzw. neu begründet worden. Die jüngsten Ereignisse haben diese positive Entwicklung beeinträchtigt. Die Frage der Konferenz war daher: Wie kann unter den gewandelten Bedingungen die Zusammenarbeit mit den chinesischen Christen auf europäischer Ebene in Zukunft aussehen? In den Diskussionen und Arbeitsgruppen waren die Beiträge der Christen aus den Ländern des ehemals „real existierenden Sozialismus“ besonders für die chinesischen Teilnehmer sehr wichtig und hilfreich. Hier liegt noch viel Zündstoff verborgen. Denn die neuerdings verstärkt zu beobachtenden Restriktionen in der chinesischen Religionspolitik – vor allem gegen internationale Kontakte der chinesischen Christen – haben direkt mit der chinesischen Befürchtung zu tun, daß die christliche Kirche in China eine ähnliche Rolle wie in Osteuropa spielen könnte, indem sie auf den Sturz des sozialistischen Systems hinarbeitete. Die chinesischen Christen konnten vor einem vereinfachenden Denken und sich selbständigenden Erwartungen nur warnen. Die Konferenz endete mit einem starken Bekenntnis zur Weiterführung und Vertiefung der ökumenischen Zusammenarbeit der europäischen Christen mit den Kirchen in China.

Bücher

HANS KÜNG, *Das Judentum*. Verlag Piper, München 1991. 905 S., 68,-DM.

Das neueste, gut 900 Seiten starke Buch von Hans Küng stellt den ersten Band einer Trilogie unter dem Titel „Die religiöse Situation der Zeit“ dar – Christentum und Islam sollen folgen. Das Buch ist der Versuch, Kontinuität und

Dynamik der Entwicklung des Judentums darzustellen – und zwar in der komplexen Spannung von Einheit und Vielfalt, also genau die Problematik, die sich jeder Religion angesichts der Postmoderne erst recht stellt. Das Credo dieser Trilogie findet sich an mehreren Stellen des Buches: „Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen. Kein Frieden unter den Religionen